

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 98. Ratssitzung vom 10. Juni 2020

2593. 2020/131

Dringliches Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 29.04.2020: Schutz der besonders gefährdeten städtischen Mitarbeitenden bei der Öffnung der städtischen Angebote

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Duri Beer (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2336/2020): Am 29. April reichten wir ein Postulat ein – nach den Frühlingsferien, zwei Wochen bevor die Schulen öffneten und andere städtischen Betriebe ihre Tore öffneten. Es geht in diesem Postulat um den Schutz von besonders gefährdeten Mitarbeitenden, die ab Mitte März von Zuhause aus arbeiten mussten oder konnten, manche kamen aber weiterhin in den Betrieb: VBZ-Trampiloten, Rettungsanwärterinnen oder Búezer von EWZ oder der Wasserversorgung – nicht zu reden von Mitarbeitenden aus dem Gesundheitsbereich. Geht man davon aus, wie das schweizerische Gesundheitsobservatorium vor drei Jahren herausgefunden hat, dass rund 30 Prozent der Menschen ab 15 Jahren mindestens eine der Risikovererkrankungen hat, sind immerhin 8500 städtische Angestellte abhängig gewesen und noch immer davon abhängig, dass der Stadtrat vorsichtig und sorgfältig bei der Umsetzung der Distanz- und Hygienemassnahmen vorgeht. Wo dies nicht möglich ist – und da ist die Covid-Verordnung 2 des Bundesrats klar – können die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die zugewiesene Arbeit ablehnen. Aus unserer Perspektive war es richtig, dass Schulleitungen, VBZ-Direktion und andere Dienstabteilungen ihre Mitarbeitenden schriftlich über diese Sachlage informiert haben. Mit entsprechendem Attest konnten viele zu Hause bleiben und wenn möglich ihre Arbeit von dort aus verrichten. Wir erhielten seit dem 16. März viele positive Rückmeldungen von Betroffenen, auch am 29. April, als noch vieles unklar war und wir den Vorstoss einreichten. Stadtrat und Verwaltung haben offensichtlich ihre Fürsorgepflicht wahrgenommen und gute Arbeit geleistet. Das soll auch in den nächsten Monaten so bleiben. Besonders die Öffnung der Schulen gab viel zu Reden. Die Bildungsdirektorin Silvia Steiner rechnete mit 10 bis 15 Prozent der Lehrkräfte, die im Mai nicht in die Schule kommen sollten. In Tat und Wahrheit waren es zehnmal weniger. 250 Lehrerinnen und Lehrer, 1,5 Prozent, die vorläufig noch keinen Präsenzunterricht machen, weil sie besonders gefährdet sind. Wie kommt das? Fabio Höhener, Sekretär des VPOD Sektion Lehrberufe, erklärt das mit einem Phänomen, das man aus der Arbeits- und Organisationspsychologie kennt: Präsentismus. Damit meint man das Verhalten am Arbeitsplatz, dass Mitarbeitende trotz Krankheit, beziehungsweise Risiko zur Krankheit am Arbeitsplatz erscheinen. Es geht dabei häufig um eine intrinsische Motivation für den Beruf, den Betrieb, für Menschen – vor allem in Berufsgruppen des Service Public, wo man mit anderen Menschen zu tun hat, sie betreut, pflegt oder ausbildet. Offensichtlich fühlen

sich viele Lehrpersonen unwohl beim Fernunterricht. Das liegt aber nicht unbedingt daran, dass sie nicht wollen, sondern dass in Sachen Digitalisierung, Weiterbildung, Förderung der Medienkompetenz vieles verschlafen wurde. Da muss der Stadtrat und auch Bildungsdirektorin Silvia Steiner aus dem Tiefschlaf erwachen und viel mehr in die Digitalisierung der Schulen investieren. Aber das ist ein anderes Thema. Das Postulat ruft den Stadtrat dazu auf, zu prüfen, wie besonders gefährdete Leute nicht besonders gefährlichen Situationen ausgesetzt werden. Mit Blick auf die Covid-Verordnung 2 des Bundesrats ist das eigentlich eine Selbstverständlichkeit – könnte man meinen. So ist der Stadtrat auch bereit, den Vorstoss entgegen zu nehmen, der offensichtlich auf einen grossen Konsens stösst. Waren alle einverstanden? Natürlich nicht. Nicht einverstanden war die Partei, die in der letzten Woche hier drin – während auf der ganzen Welt, in Europa, allein in Deutschland in 25 Städten gegen institutionellen Rassismus demonstriert wurde – allen Ernstes und in einer fast schon hysterischen Art verlangte, dass die Polizei das Demonstrationsverbot durchsetzt und weiter in einer sagenhaften Irrfahrt in einer eigentlich wichtigen und dringenden Debatte über Grundrechte den Rücktritt von STR Karin Rykart in den Raum stellte. Das ist ein weiterer Tiefpunkt im Profilierungsbestreben im Schlepptau der grossen Schwester, wer jetzt wohl die rechtere der rechten Parteien sei. Die Partei, die sich seit kurzer Zeit nicht nur für 1848 verantwortlich erklärt, sondern sogar 1291 dabei gewesen sein wollte. Diese Partei, die im Kreis 3 am Goldbrunnenplatz Mühe damit hat, wenn sich einkommensschwächere Menschen am Kiosk treffen. Oder die seit neuem Littering und Raufhandel unter Jugendlichen als grösstes Problem im Kreis 3 betrachten und den Friedhof über Nacht schliessen wollen, aber wegschauen, wenn die Sicherheit der Velofahrerinnen und Velofahrer gefährdet ist. Es ist die Partei, die auf nationaler Ebene in den letzten Wochen immer sehr spendabel zeigte, wenn es um ihre Klientel ging. Aktuell sind es die Baumeister, die appellieren, man solle investieren und ihnen Aufträge geben. Wer soll sie geben? Die öffentliche Hand. Dies ist eine richtige Haltung, aber steht endlich dazu, wie wichtig der Staat für unser Leben ist. Ich bin gespannt, aus welchen Gründen man die besonders gefährdeten Angestellten nicht schützen soll, beziehungsweise aus welchen Gründen man diesen unbestrittenen Vorstoss – ein Postulat – ablehnt.

Martina Zürcher (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 27. Mai 2020 gestellten Ablehnungsantrag: Ich möchte erst auf den Schluss des Votums von Duri Beer (SP) eingehen, das ja nichts zum Postulat tut. Ich möchte nicht alle deiner Unwahrheiten und Fake News kommentieren, aber das Thema Demos möchte ich schnell aufnehmen. Ich zitiere kurz aus der Medienmitteilung der Stadtpolizei von verganginem Samstag: «Ein bewilligter Demonstrationsumzug führte vom Rathaus durch das Limmatquai, Bahnhofquai zur Platzpromenade. Dabei demonstrierten die über 100 Teilnehmer gegen die aktuelle Situation in der Türkei und in Südkurdistan. Diese Demonstration und die anschliessende Schlusskundgebung verliefen ohne Probleme.» Eine bewilligte Demonstration, die erste seit langem, hat funktioniert. Wir sind nicht gegen das Demonstrieren, aber wir sind für das Einhalten des Rechts, das in der Stadt Zürich gilt. Nun komme ich zum Postulat. Der Stadtrat hat als Arbeitgeber Fürsorgepflichten gegenüber seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dazu gehört, dass er besonders gefährdete Mitarbeitende vor Covid-19 angemessen schützt. Wenn jetzt aber drei Fraktionen, die

sechs der neun Mitglieder stellen, das Gefühl haben, sie müssten per Vorstoss ihre eigenen Leute an die Fürsorgepflicht erinnern, dann kann das für mich nur eines heissen: Die drei Fraktionen SP, Grüne und AL haben offenbar das Gefühl, dass ihre eigenen Leute im Stadtrat ihre Arbeit nicht machen oder nicht dazu fähig sind. Ein Schlag ins Gesicht der eigenen Exekutivmitglieder. Wäre es so, dass der Stadtrat diesbezüglich seine Fürsorgepflichten nicht wahrnehmen würde, müsste die Geschäftsprüfungskommission einschreiten. In dieser haben SP, Grüne und AL ebenfalls eine klare Mehrheit, Kollege Duri Beer (SP) ist dort ebenfalls Mitglied. Meine Damen und Herren, wenn Sie alles per Vorstoss lösen möchten, müssen Sie entsprechend auch Vorstösse einreichen, wie der Stadtrat sicherstellt, dass die Mitarbeitenden vor Mobbing geschützt werden, ihre Löhne rechtzeitig erhalten, über einen nicht-gesundheitsschädlichen Arbeitsplatz verfügen, ihre Ferien beziehen können, et cetera. Die FDP-Fraktion ist als Minderheitsführerin in einigen – teils auch in wesentlichen Fragen – mit dem rot-grünen Stadtrat nicht gleicher Meinung. Wir betreiben aber Sachpolitik und nicht ideologische Politik. Beim Thema Fürsorgepflicht haben wir das Vertrauen in den Stadtrat als Arbeitgeber und in die GPK als Aufsichtskommission. Ich bitte Sie darum, dass Sie dieses völlig überflüssige und eigentlich beleidigende Postulat ablehnen oder noch besser zurückziehen.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): *Ich finde es sonderbar: Wenn es um unbewilligte Demonstrationen geht, kann man sowieso machen, was man will. Das findet dieser linke Rat hier sowieso super: Ein bisschen demonstrieren gehen à la Che Guevara, Rambazamba in der Stadt machen, die Distanzregeln nicht einhalten. Die Covid-Verordnung ist für euch nichts wert. Wenn es aber um die Mitarbeiter geht, ja dann reicht man Postulate und alles Mögliche ein zum besonderen Schutz. Schämen müsst ihr euch. Das geht nicht. Da platzt mir der Kragen bereits zum zweiten Mal heute Abend und ich hoffe, es gibt noch ein drittes Mal, denn ich werde nicht müde, euch zu sagen, dass ihr inkonsequent seid und in euren Anliegen von vorgestern sind. Ich weiss nicht, was Sozialismus für euch heute noch bedeutet.*

Walter Anken (SVP): *Ich begründe Ihnen die Ablehnung der SVP. Eigentlich hat es die FDP-Sprecherin sehr gut gesagt: Das Postulat ist absolut unnötig. Es geht hier darum, sicherzustellen, dass gefährdete Menschen keinen Situationen ausgesetzt werden, in denen sie sich anstecken könnten. Wir lesen im Postulat von einigen Massnahmen: zwei Meter Abstand; Plexiglas, das eingesetzt werden soll; Desinfektionsmittel; Hände waschen und so weiter. Aus unserer Sicht sind das genügend Massnahmen, um diese Leute tatsächlich zu schützen. Der Arbeitgeber ist verantwortlich, die Massnahmen des Bundesamts für Gesundheit umzusetzen und das macht die Stadt auch. Dieses Vertrauen dürfen wir in den Stadtrat haben. Stellen Sie sich vor: Duri Beer (SP) sprach von 8500 Leuten, die irgendeine der Vorerkrankungen haben könnten. Gleichzeitig fordert das Postulat Einzelräume. Wie soll die Stadt in ihren Büros in dieser kurzen Zeit für diese Menge an Leuten zur Verfügung stellen? Es müssen nicht 8500 sein, aber doch mehrere Hundert. Überlegt euch, was das alles kosten würde. Das gleiche gilt für die Ersatzbeschäftigung, von der im Postulat die Rede ist. Wir haben sehr viele Spezialisten in*

der Verwaltung der Stadt Zürich. Wollt ihr einem IT-Spezialisten eine Ersatzbeschäftigung im Archiv zuweisen? Oder wie stellt ihr euch das vor? Das ist schon allein wegen der Kosten gar nicht möglich. Weiter machten während der Corona-Krise und auch heute noch sehr viele Leute Homeoffice. Es gibt keinen Grund, warum die hochgefährdeten Personen nicht weiterhin Homeoffice machen sollten. Die sollen zu Hause bleiben und ihre Arbeit machen und jene, die es nicht machen können – in Gottes Namen, die sind dann halt freigestellt. Wir haben das Vertrauen, dass der Stadtrat das gut umsetzen kann und lehnen darum das Postulat ab.

Peter Anderegg (EVP): *Bei diesem Vorstoss fehlen mir die Worte. Ihr verlangt etwas, das selbstverständlich ist, das meiner Meinung nach sowieso geschieht. Ich denke, dass der Stadtrat das genauso umsetzen wird. Was ihr verlangt, ist schon gut, aber es wird ja sowieso schon so gemacht. Irgendwie kann man nicht dagegen sein, dafür aber auch nicht. Wir werden uns der Stimme bewusst enthalten. Hier wird ein Verwaltungsaufwand für die nicht vorhandene Zuschauertribüne betrieben.*

Primin Meyer (GLP): *Die Grünliberalen unterstützen das Postulat – zwar nicht mit vollem Elan, aber im Zweifel zugunsten der besonders gefährdeten Mitarbeitenden der Stadt Zürich an der Front, die nicht – wie viele hier drin, unter anderem auch ich – ins Homeoffice wechseln konnten in den vergangenen Wochen. Dies aus folgenden Gründen: Das Ausmass der Betroffenheit – sowohl in der akuten Phase, als das Postulat eingereicht wurde, wie heute, wo gewisse Lockerungen verkündet werden – ist für uns nicht klar. Wie für uns wahrnehmbar und von Duri Beer (SP) bekräftigt, ist die Stadt durchaus ihrer Fürsorgepflicht nachgekommen – beispielsweise im öffentlichen Verkehr habe ich das mehrmals bei der Fahrt hierher gesehen. Man montierte Plexiglasscheiben, etwa in den Schulen, wie ich es gestern Abend beim Elternabend im Kindergarten sehen konnte; man ergriff zusätzliche Massnahmen wie Sicherheitsabstände im öffentlichen Verkehr durch Absperrungen. Darüber hinaus sehen wir gewisse Umsetzungsschwierigkeiten. Wer zählt letztendlich zu diesen besonders gefährdeten Personen? Bei einigen dürfte dies aktenkundig sein, aber bei anderen weiss man es schlicht und einfach nicht. Wir hatten gewisse Zweifel gegenüber dem Postulat, das zeigte sich auch in der äusserst knappen Entscheidung innerhalb der Fraktion, aber unser Fazit ist: Im Zweifel zugunsten der besonders gefährdeten Mitarbeitenden der Stadt Zürich. Darum unterstützen wir das Postulat.*

Dr. Davy Graf (SP): *Danke für das letzte und weise Votum von Pirmin Meyer (GLP). Wir werden es vermissen. Es ist richtig: Es ist verordnet. Die Welt ist aber nicht schwarzweiss. Ist es so, dass es genauso an jedem Ecken und in jeder Dienstabteilung dieser Stadt umgesetzt wird? Wir hoffen und wollen es. Klar fordert dieses Postulat etwas, das in diesem Sinne selbstverständlich ist. Es ist aber auch ein Zeichen des Parlaments dieser Stadt Zürich – und hoffentlich auch von einer breiten Mehrheit hier drin – dass dies auch wirklich umgesetzt wird und man nicht Zweifel haben soll. Man soll keine Umwege gehen und sich sagen: «In dieser Situation kann man sich vielleicht vorbeimogeln», sondern: Für uns hat es absolute und oberste Priorität, dass das Personal der Stadt Zürich geschützt ist. Wer, wenn nicht das Parlament, soll ein so starkes Signal in dieser Frage*

setzen? Darum ist es für uns wichtig, dass wir der Regierung sagen, dass der Gesundheitsschutz auch für uns oberste Priorität hat, auch wenn dies möglicherweise mit Unge-
mach, organisatorischen Bemühungen und Kosten verbunden ist. Wir stützen dies,
wenn wir dieses Postulat annehmen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheitsdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Der Gesundheitsschutz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat selbstverständlich für den Stadtrat eine sehr hohe Priorität – ganz besonders bei all jenen, die speziell gefährdet sind und die es in allen Dienstabteilungen der Stadt gibt. Sie wissen es: Wir haben ganz unterschiedliche Arbeitssituationen in der Stadt Zürich und dementsprechend werden die Verordnungen des Bundes, teilweise des Kantons und zusätzliche Verschärfungen oder Sicherheitsmassnahmen seitens Stadtrats durchgesetzt. Die Umsetzung läuft über die entsprechenden Dienstabteilungen, auch mittels ihrer betrieblichen Pandemieplanung. Das funktioniert insgesamt gut. Wir haben heute noch immer die Situation, dass ein beträchtlicher Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und vor allem die besonders gefährdeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Homeoffice sind. Wir haben in verschiedenen Büros das klassische Splitting umgesetzt, das heisst, es ist meistens nur etwa die Hälfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anwesend und dadurch können die Schutz-, Hygiene- und Abstandsregelungen gut eingehalten werden. Wir haben Schutzmassnahmen in den Büros und in den Betrieben umgesetzt und sind auch dran, diese immer wieder zu überprüfen und allenfalls zu optimieren, wo sinnvoll und möglich. Wir haben genügend Masken für jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diese brauchen oder sich damit sicher fühlen. Wir haben genügend Desinfektionsmittel, das bereitsteht. Wir haben fast alle Schalter mit Plexiglas ausgerüstet oder den Abstand deutlich vergrössert. Wir forcieren die telefonischen Beratungen, die massiv zugenommen haben, und natürlich die Onlineberatungen. Wir haben Abstandskleber bei den Schaltern angebracht, um alle darauf hinzuweisen, dass es wichtig ist, dies einzuhalten. Wir haben in der Stadt die grundsätzliche Politik, dass man kulant ist, wenn es um gefährdete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht. Zum Beispiel jene, die der Risikogruppe angehören, aber mit jemandem zusammenleben, der oder die ebenfalls gefährdet ist. Wir sind auch kulant bei Mitarbeitern, die nicht der Risikogruppe angehören, aber mit jemandem zusammenleben, der oder die es ist. Dort suchen wir individuelle Lösungen. Ich glaube, das ist genau der Punkt: Man kann nicht über die ganze Stadt eine Lösung anwenden, sondern es braucht individuelle Schutzmassnahmen. Wir haben auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über ihre Rechte informiert. Wir nehmen es sehr ernst und es wird regelmässig diskutiert, ob die Schutzmassnahmen genügen, wie sie jetzt umgesetzt worden sind, oder ob sie aufgrund der aktuellen Situation angepasst werden müssen. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen, wir sind aber auch der Meinung, dass wir die Umsetzung der Schutzmassnahmen in der Verwaltung insgesamt gut bis sehr gut realisiert haben und dass die jederzeitige Gewährleistung der Sicherheit eine Daueraufgabe der Verwaltung und des Stadtrats ist.

Weitere Wortmeldungen:

Martina Zürcher (FDP): Der Fraktionspräsident der SP sagte, es sei selbstverständlich.



6 / 6

Ja, das ist es. Darum braucht es dieses Postulat nicht.

Duri Beer (SP): *Ich möchte doch noch auf die beiden von Ihnen genannten Argumente eingehen. Das eine ist die Demonstration von letztem Samstag – ich sprach bei meinen Ausführungen vom Ostermontag, also von vor einer Woche. Das zweite: Wenn Sie mir zugehört haben, dann waren meine Ausführungen dahingehend, dass der Stadtrat gute Arbeit geleistet hat in der Wahrnehmung seiner Fürsorgepflicht. Ich hoffe, dass das auch so bleiben wird und Sie diesem Vorstoss zustimmen werden.*

Das Dringliche Postulat wird mit offensichtlichem Mehr dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat